

### Kein Anreiz mehr zur Energieeinsparung

Zum Thema „Fernwärmestreit“.

Das zeitliche Zusammentreffen mit den OB-Wahlen ist bedauerlich, doch ist es allein der hinhaltenden Taktik von Stadtverwaltung und den Stadtwerken Böblingen zuzuschreiben. Die Interessengemeinschaft Fernwärme e.V. hat nach dem Abbruch der Gespräche durch die Stadtwerke sofort von sich aus versucht, über den Vorsitzenden des Aufsichtsrats weiter in Kontakt mit den SWBB zu bleiben. Trotz Vermittlungsbemühungen einiger Stadträte, ist aber auch diese Schiene im Laufe von 2017 zum Erliegen gekommen. Angeblich mit Rücksicht auf das schwebende Kartellverfahren. Eine politische Lösung zur Befriedung der Situation wäre jedoch auch unabhängig davon möglich gewesen.

Worum geht es? Weiterhin fehlen transparente und nachvollziehbare Begründungen für die Tarifierhöhungen vom 1.8.15 und vom 1.1.17. Da spricht es nicht für eine Bereitschaft zur Verständigung, wenn nun ab 1.1.18 eine weitere Erhöhung erfolgt. Zwar sank der Arbeitspreis marktbedingt um knapp 20 Prozent, das kann aber den Anstieg der hausgemachten Grundpreise seit Anfang 2015 auf das Fünf- bis Siebenfache bei weitem nicht ausgleichen. Der Punkt: waren die bisherigen Erhöhungen „lediglich“ ein Ärgernis für die zwangsangeschlossene Fernwärmekundschaft, so betreffen die Erhöhungen zum 1.1.18 alle Bürgerinnen und Bürger, denn sie bedeuten eine Kehrtwende in der städtischen Klimapolitik. Der Gemeinderat kann es sich nicht gefallen lassen, dass eine private GmbH & Co KG das Gesetz des kommunalen politischen Handelns auf diese Weise an sich reißt.

Als nämlich der Gemeinderat vor Jahrzehnten den Einstieg in die Fernwärmeverorgung bestimmter Baugebiete beschloss, war das eine weitsichtige Entscheidung im Hinblick auf mehr Klimaschutz: anstelle

vieler Einzelheizungen unterschiedlichster Luftbelastung trat ein Fernheizwerk mit laufend verbesserter Abgastechnik.

Die dreistufigen neuen Grundpreistarife mit „Mengenrabatt“ töten jedoch in Verbindung mit sinkenden Verbrauchspreisen jeden Anreiz zur Energieeinsparung. Bereits durchgeführte teure Maßnahmen wie Wärmedämmung oder der Einsatz von Solartechnik werden noch nachträglich bestraft. Abgesehen davon, dass die Abkehr vom Flächentarif für die Betroffenen massiv gegen Treu und Glauben verstößt. Der Verdacht liegt nahe, dass auf die Zwangsangeschlossenen auch noch die Dumpingpreise für neu akquirierte Großkunden umgelegt werden.

**Sigrid und Peter Schild, Böblingen**

**Kreiszeitung  
Mi 24.Jan.2018**